

Die Bundesbank in der EU: Versagen und Machtverlust

Hans-Hermann Hartwich



Hans-Hermann
Hartwich

1. Ansprüche der Deutschen Bundesbank an das Europäische Währungssystem

Im März 1948 war der Vorläufer der Bundesbank, die Bank Deutscher Länder (BDL), errichtet worden, um die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen durchzuführen und künftig das Währungssystem zu steuern. Außer „free economy“ gab es keine besonderen konzeptuellen Auflagen und Maximen. Diese entwickelten sich im Gefolge der Wirtschaftsreformen unter Ludwig Erhard, also als Pendant zur neuen ordoliberalen „Sozialen Marktwirtschaft“. Strenge Grundsätze lauteten nun: Autonomie, Geldwertstabilität, keine inflationistischen Experimente, Beschäftigungspolitik kann kein Ziel sein.

Der Erfolg dieser Politik, die „harte“ D-Mark, war unbestritten. In einem System fester Wechselkurse (Bretton Woods, 1944-1971) wurde die DM gegenüber dem Dollar zunehmend unterbewertet. Für die deutsche Exportwirtschaft war dies ein Vorteil. Die Aufgabe der Dollar-Gold-Bindung 1971 führte zu einer Neujustierung der Währungspolitik. In einer Phase beginnender Krisen und unter der Großen Koali-

tion (1966-69) sowie dann unter Führung der SPD gab es anhaltende und handfeste Versuche, die Deutsche Bundesbank in die makroökonomische Steuerung nach dem „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ (1967) und in die Beschäftigungspolitik einzubinden.

Die Bundesbank konnte sich aufgrund ihrer Autonomie widersetzen. Auf der Basis des von Milton Friedman entworfenen neoliberalen monetären Konzepts entwickelte die Bank effektive Verfahren zur Wahrung der Geldwertstabilität. Ihre „Stabilitätspolitik“ – stets im Strom anti-keynesianischer Konzepte international schwimmend – fand nicht nur Anerkennung, sondern machte die DM zur härtesten/stabilsten Währung in Europa. Die DM wurde zur Leitwährung innerhalb der europäischen Währungen. Die Dominanz zwang die europäischen Staaten zur Anpassung, fesselte vor allem ihre Haushalts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik.

Die Gründung der Europäischen Währungsunion ab Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre ist ohne diese Vorgeschichte nicht zu verstehen. Der ab 1985 realisierte „Gemeinsame Markt“ und die Europäische Union beinhalteten immer die Frage, wann eine Währungsunion möglich, sinnvoll und nötig sein würde. Die Deutsche Bundes-

bank setzt sich vehement für ein „Krönungskonzept“ ein: Währungsunion nach Vollendung der Politischen Union. Diese Krönungstheorie hatte aber keine Chance.

Im Gefolge der deutschen Einigungsverhandlungen setzte vor allem der französische Präsident Mitterrand durch, dass (mit dem Maastricht-Vertrag) sogleich die Europäische Währungsunion errichtet wurde. Längst war die währungspolitische Dominanz Deutschlands vor allem den Franzosen unerträglich geworden. Dass diesem Konflikt zwei unterschiedliche Denkkonzepte zu Grunde lagen, stand noch nicht im Vordergrund. Es war mehr eine Frage von Macht und Einfluss. Es kam zu einer Art Tauschgeschäft: Die Deutschen gaben Stärke und Autonomie der Deutschen Bundesbank zögernd her. Dafür setzten sie durch, dass die Europäische Währungsunion weitgehend auf den strikten Stabilitätskriterien der Bundesbank beruhte. Hinzu kamen personalpolitische Entscheidungen, die die deutschen Prinzipien und deutschen Interessen dauerhaft zu wahren schienen, wenngleich aufgrund der politischen Gegebenheiten eine deutsche Führung der nunmehr „Europäische Zentralbank (EZB)“ genannten währungspolitischen Zentrale nicht möglich war, jedenfalls nicht zur Debatte stand.

Mit Otmar Issing, dem Chef-Volkswirt der Bundesbank (seit 1990), der ab 1999 als einziges Mitglied des 6-köpfigen Direktoriums (neben dem designierten Präsidenten) für acht Jahre bestellt wurde, sicherte sich die Bundesbank eine starke Repräsentanz. Er behielt auch im EZB-Direktorium sein Amt, das als Grundlagenressort für die geld- und währungspolitischen Entscheidungen der EZB galt. Im 11-köpfigen Zentralbankrat der EZB hatte die Bundesbank mit ihrem Präsidenten praktisch das erste Wort, das bei kapitalgebundenen Entscheidungsverfahren auch vertraglich verankert war. So war insgesamt das geldpolitische Gewicht

unverkennbar. Aber nun war die Deutsche Bundesbank eingebunden in die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank

2. Die Zusammensetzung der EZB-Direktorien 1999 und 2012

Von Beginn an gab es ein zähes Ringen um die Präsidentschaft, das mit einem weitreichenden Kompromiss endete. Als Präsident wurde für 8 Jahre der Niederländer Wim Duisenberg gewählt, nachdem er vage versprochen hatte, sein Amt nach etwa der Hälfte der Zeit zur Verfügung zu stellen. „Richtiger“ Präsident sollte dann für volle acht Jahre der Präsident der französischen Nationalbank, Jean-Claude Trichet (2003-2011) werden. Vizepräsident war unter Duisenberg der Franzose Christian Noyer für 4 Jahre. Vizepräsident ab 2003-2011 wurde Lucas Papademos, Griechenland.

Direktoriumsmitglieder wurden:

Otmar Issing, Deutschland, für 8 Jahre;
Tommaso Padoa Schioppa, Italien, für 7 Jahre;
Eugenio Domingo Solans, Spanien, für 6 Jahre;
Sirikka Hämmäläinen, Finnland, für 5 Jahre;

Diesen Direktoriumsmitgliedern folgten bis 2012:

Jürgen Stark, Deutschland, aus dem Vorstand der Bundesbank (2006-2014);
Lorenzo Bini Smaghi, Italien (2005-2013);
José Manuel González-Páramo, Spanien (2004-2012);
Gertrude Tumpel-Gugerell, Österreich (2003-2011);

13 Jahre später, am 1.1.2012, sieht die Zusammensetzung des EZB-Direktoriums folgendermaßen aus:

Präsident: Mario Draghi, Italien (2011-2019);

Vizepräsident: Vitor Constancio, Portugal (2011-2019);

Direktoriumsmitglieder:
 Peter Praet, Belgien (2011-2019);
 Benoit Coeuré, Frankreich (2012-2020);
 Jörg Asmussen, Deutschland (2012-2020);
 Jose Manuel González-Páramo, Spanien (bis 2012).

Blickt man allein auf die Veränderung der Nationalitäten im EZB-Direktorium, ist unübersehbar, dass die Führung der Europäischen Währungsunion seit dem 1. Januar 2012 bei jenen Ländern liegt, die die höchste Staatsverschuldung aufweisen. Italien und Belgien überschritten schon bei der Etablierung der EZB mit über 100 % Anteil am BIP die zulässige Verschuldung. Portugal, Spanien und Italien gehören heute zu jenen Staaten, für die immer neue Rettungsschirme oder Rettungsverfahren erdacht werden. Die aus diesen Staaten kommenden Entscheidungsträger dominieren also de jure bis 2020 die Entscheidungen über die Geld- und Währungspolitik und die Stabilität des Euro. Die als „stabilitäts-“orientiert geltenden Mitgliedsstaaten der Währungsunion werden gegenwärtig allein von Deutschland repräsentiert. Es gab deswegen Bemühungen, als Nachfolger des 2012 ausscheidenden Spaniers einen Repräsentanten aus diesen Staaten zu nominieren (s. Abschnitt 6).

3. Sieg der Schuldnerstaaten

Frankreich hat – in aller Freundschaft gesagt – zumindest sein Ziel aus den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht, die Macht der Deutschen Bundesbank in der europäischen Währungspolitik zu brechen. Nun gilt natürlich in der Europäischen Union nicht dieser deutliche Bezug auf die Nationalität der Funktionsträger. Sie agieren für die Union, nicht für ihr Land. Das kann

durchaus gelten. Legitim ist aber auch die Frage nach der geldpolitischen Tradition, besser vielleicht der geldpolitischen „Kultur“, aus der ein Repräsentant europäischer Währungspolitik stammt.

Kommt ein aktiver EZB-Funktions-träger aus einer traditionell strikten Stabilitätskultur – also der ausschließlichen bis primären Orientierung an der Stabilität des Geldwerts, wie sie die Deutsche Bundesbank seit den fünfziger Jahren pflegte – oder aus einem Land, in dem es eher selbstverständlich erscheint, dass die Notenbank die gesamtwirtschaftliche Verpflichtung insofern einzulösen hat, als sie wachstums- und beschäftigungspolitische Interventionen der Regierung unterstützt, obwohl auch sie soweit wie möglich versucht, inflationistische Entwicklungen zu vermeiden?

Heute ist deutlicher denn je, dass die deutsche Position klar in die Minderheit geraten ist. Dies ist schon länger der Fall. Die Deutsche Bundesbank konnte sich aber unter Berufung auf ihre Autonomie behaupten. Sie erreichte mit der monetaristischen Disziplinierung der deutschen Wirtschaft, dass diese zur Wahrung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten stets unter dem Zwang zur Rationalisierung und Kostenreduktion stand. Das hatte die gesamte Gesellschaft erfasst. Also auch die Fiskalpolitik und nicht zuletzt die Lohnpolitik. Das System ist hochproduktiv, bedeutet aber, dass auf das Anstreben eines Maximums an Sozialstaatlichkeit zugunsten eines sich langsamer aber stetig verbessernden sozialstaatlichen Optimums verzichtet wurde. Über die Kluft zwischen beiden wird nach wie vor wirtschafts- und sozialpolitisch in Deutschland heftig und ausdauernd gestritten. Außenpolitisch aber bleibt Deutschlands Spitzenposition gewahrt. Und je weniger andere Länder auf diese „Disziplinierung“ Wert legen, um so deutlicher dominiert die deutsche Wirtschaft mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten.

Deutschland steht also mit seinem wirtschaftlichen Erfolg zunehmend allein. Überdies wird es wegen der zunehmenden Kluft zu den meisten Mitgliedsländern sogar angreifbar. So wurde zum Beispiel von italienischer Seite sogleich nach Aufdeckung der Probleme Italiens der Ruf laut, die Deutschen sollten durch gemeinsame Kredite („Euro-Bonds“) die Schulden mit tragen.

Bei der heutigen Dominanz der Mitgliedstaaten mit hohen Staatsschulden in der EZB-Führung ist klar, dass ihr Interesse am Erhalt von Wohlstand und Beschäftigung eher bei einer expansiven Geldpolitik liegt als bei Strukturereformen und Sanierung durch Sparen. Dem entspricht die EZB gegenwärtig in vollem Maße, indem sie vornehmlich italienische und spanische Staatsanleihen aufkauft, um die Zinsen möglichst niedrig zu halten. Zwar kann erwartet werden, dass die EZB in „normalen“ Zeiten weiterhin darauf achten wird, dass die Inflationsrate nicht dauerhaft über der selbst festgelegten Obergrenze von 2 % liegt. Aber in der gegenwärtigen Schuldenkrise sind der eindeutigen Mehrheit im Zentralbanksystem die gesamtwirtschaftlichen Ziele wie Wachstum statt Ausgabenkürzungen und Schuldenbremsen gewiss wichtiger.

Wenn da nicht die Abhängigkeit von den internationalen Kapitalmärkten wäre. Sie allein zwingt die Staaten mit hohen Staatsschulden in die Disziplin, in Schulden- und Kostenreduktionen. Das gewaltige Aufkaufprogramm der EZB von Staatsanleihen aus Spanien und Italien erleichtert die Aufnahme neuer Staatskredite, kann aber die Kreditproblematik der Währungsunion insgesamt nicht dauerhaft lösen.

Die neue Linie der unabhängigen europäischen Zentralbank führt letztlich doch wieder auf den Ansatz der monetären Philosophie der Deutschen zurück.

4. Niederlage der Stabilitätsdoktrin ?

Die Niederlage der deutschen Stabilitätsdoktrin in der Politik der Europäischen Union könnte also durchaus noch nicht endgültig sein. Einer der Gründe wurde bereits genannt: Der Druck der internationalen Finanzmärkte bei den notwendigen Refinanzierungen der Schuldnerstaaten. Ein anderer Grund liegt in der Politik der Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Es ist klar, wenn an die Stelle der EZB – was diese auch anstrebt – die Idee eines großen, anerkannten und effektiven „Rettungsfonds“ (ESM/ESFS) verwirklicht wäre, dann läge die Zügelung der Staatsschulden wieder dort. Der Fonds beruht zu einem so erheblichen Teil auf deutschen Garantien, dass diesmal nicht die Bundesbank, wohl aber die deutsche Regierung auf der Linie der deutschen Stabilitätsdoktrin operieren wird. Diese hätte sich mithin doch letztlich durchgesetzt.

Um Deutschlands Stärke in diesem Bereich zu brechen oder wenigstens zu begrenzen, wird nach wie vor um die Einführung von Euro-Bonds gerungen. Hier würden Kredite aufgenommen und abgesichert durch Mitgliedsstaaten der Währungsunion. Die Einbeziehung Deutschlands und anderer Staaten ohne Staatsschuldenprobleme bedeutet, die Schulden werden „vergemeinschaftet“. Deutschland haftet für die Schulden anderer Mitgliedsstaaten. Neben dem rechtlichen Problem, dem klaren Verbot einer solchen Haftung nach dem EU-Vertrag (Art.125 AEUV-Vertrag über die Arbeitsweise der EU) stünde die Frage, wie die Parteien den deutschen Wählern dies als notwendige Opfergabe verkaufen wollen. So ist denn der Kampf um die Konzepte noch nicht auf allen Ebenen abgeschlossen.

5. Versagen deutscher SpitzenökonomInnen

Nach dem kurzen Prolog mit dem Niederländer Wim Duisenberg war der Franzose Jean-Claude Trichet bald der unbestrittene Präsident der Europäischen Zentralbank. Souverän in der internationalen Öffentlichkeit, repräsentierte er lange Zeit das Stabilitätskonzept in einem Ausmaß, das sich kaum von dem der deutschen Bundesbank unterschied.

In der Staatsschuldenkrise und angesichts von langwieriger und ineffektiver Lösungsversuche zur „Rettung“ hoch verschuldeter Staaten vertrat er dann aber den Einsatz der EZB-Mittel nach amerikanischem Muster. Die EZB begann nach heftigen Debatten im Direktorium und im Zentralbankrat mit dem Aufkauf von Staatsanleihen finanzschwacher Staaten, vor allem Spaniens und Italiens. Dies bedeutete geldpolitisch Geldschöpfung, inflationierende Bereitstellung von Zentralbankgeld.

Dieser neuen Politik ging ein Konflikt in der Führung der EZB voraus. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, der wichtigsten Notenbankvertretung im Zentralbankrat, Axel Weber, wandte sich entschieden gegen diese Art von Anleihekäufen. Offenbar personalisierte sich der Konflikt zunehmend auf die Antipoden Trichet – Weber. Letzterer geriet ebenso zunehmend in eine klare Minderheitsposition. Er gab auf, schied aus dem Zentralbankrat aus, trat als Präsident der Deutschen Bundesbank zurück.

Seine besondere Bedeutung gewann dieser Vorgang dadurch, dass eine gewisse Logik darin lag, dass Deutschland die Übernahme der nächsten EZB-Präsidentschaft anstrebte. Dies schien schwierig, aber durchaus Erfolg versprechend. Angesichts der Vorgeschichte der EZB und der Bedeutung der Bundesbank hätte man eigentlich auch erwartet, das Deutschland einfach „dran war“.

Weber stand also vor der Chance, der erste deutsche Präsident der EZB zu werden. Im Vorfeld war die deutsche Regierung für die Wahl eines Portugiesen zum Vizepräsidenten eingetreten, so dass es kein Argument gegen einen Präsidenten aus den „nördlichen“ Mitgliedstaaten mehr gab.

Webers Rücktritt vom Amt des Bundesbankpräsidenten, was sein Ausscheiden aus dem EZB-Rat zur Folge hatte, war eine schwere Niederlage der Deutschen in der Währungsunion. Er war ja nicht nur Vertreter einer strikten Stabilitätspolitik. Er war auch Präsident der Deutschen Bundesbank. In der FAZ (14.2.2011) sprach einer der Herausgeber, Holger Steltzner, von einer „Flucht aus der Verantwortung“. Webers Argumentation zu seinem Rücktritt vermischte durchaus Konzept und Amt: Wenn der Präsident in wichtigen Fragen eine Minderheitsmeinung vertritt, leide die Glaubwürdigkeit des Amtes. Dieses Argument nannte Steltzner zu Recht „merkwürdig“. Es ging Weber also durchaus nicht nur um den Kampf für die Stabilitätspolitik der EZB, er dachte dabei auch an die Präsidentschaft.

Steltzner machte Weber den Vorwurf, er habe „verweigert, Verantwortung zu übernehmen“. „Das ist fahrlässig“! Weber hätte die EZB auf den Pfad der Tugend zurückführen müssen. Er hätte kämpfen müssen. Damit hätte er das Amt gestärkt. Mit dem Rücktritt habe er auch das Amt des Bundesbankpräsidenten beschädigt.

Es ist schon richtig, die Dinge im Zusammenhang zu sehen: Das geldpolitische Konzept und die EZB-Präsidentschaft. Das Verhalten Webers war unpolitisch, wo er hätte Politiker sein müssen. Aber es scheinen in der deutschen Gegenwart die politisch Verantwortlichen vergessen zu haben, dass Politik – wie Max Weber es formuliert hatte – das Bohren harter Bretter ist. Statt auf seiner Überzeugung zu beharren, hätte man von einem Spitzenöko-

nomen in dieser international wichtigen Position erwarten müssen, dass er Kompromisse eingeht, taktiert, neue Helfer sucht und vom höchsten Amt aus mit den Regierungschefs ringt und sicher nicht zuletzt über die Medien die öffentlichen Sichtweisen zu beeinflussen vermag.

Leider ist es so, dass auch der zweite deutsche Repräsentant in einem Hohen Amt versagte. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank von 1998 bis 2004 und Nachfolger Issings als Chef-Volkswirt der EZB, warf ebenfalls aus konzeptuellen Gründen vorzeitig das Handtuch. Gleich bei seinem Ausscheiden attackierte er in einem „Brandbrief“ an die Beschäftigten der Notenbank die von der Mehrheit in der EZB beschlossenen Anleihenkäufe. (Spiegel online, 14.2.2012)

Die Argumentation des geldpolitischen „Hardliners“ ist schlüssig. Sein Rücktritt aus dieser Position ist es nicht. Auch das bedeutet Flucht aus einer Verantwortung, die mehr verlangt, als das Beharren auf einem geldpolitischen Konzept.

Mit seinem Rücktritt gab Stark auch eine Position (Chef-Volkswirt) im EZB-Direktorium auf, die einen direkten Draht der Stabilitätspolitik in die Chefetage der europäischen Notenbank – eine Gegenleistung für die Aufgabe der D-Mark – geschaffen hatte (so Klaus-Rainer Jackisch, Hessischer Rundfunk, tagesschau.de 11.1.12).

Wie diese Vorgänge unterstreichen, bewegt sich die deutsche Politik im Vergleich zu Frankreichs personalstrategischem Verhalten international auf dünnstem Eis. Es fehlt ein Netz systematisch ausgesuchter und ausgebildeter Fachvertreter für alle Bereiche der Vertretung Deutschlands in der internationalen Politik. Sie müssen nicht nur Spitzenkräfte ihres Fachs sein, sondern sie müssen zugleich in dem Sinne Politiker sein, dass sie bewusst, geschickt und standhaft die Interessen ihres Landes vertreten.

6. Interessenkämpfe in EZB

Es bedarf keiner besonderen Analyse um zu erkennen, dass die EZB zwar eine hoch kompetente ökonomische Institution ist, jedoch wie alle internationalen Institutionen mit bedeutender Entscheidungsbefugnis im Fokus nationaler Interessen steht. Die Errichtung der EZB und ihre Politik bis zur Gegenwart lässt – so ist ein leitender Gedanke dieser Kolumne zu verstehen – erkennen, wie Deutschlands stärkste währungspolitische Waffe, die Deutsche Bundesbank, stumpf wurde durch den (heute erkennbar) überstürzten Einbau in die Währungsunion. Der Abbau des überragenden deutschen geldpolitischen Einflusses in Europa begann mit der Besetzung des EZB-Direktoriums. Der Rat kann hier zunächst vernachlässigt werden, weil ihm der Präsident der Deutschen Bundesbank ebenso wie die Präsidenten aller beteiligten Notenbanken qua Amt angehörten.

Obwohl das Modell Bundesbank deutlich auf die EZB übertragen wurde, übernahm de facto Frankreich die Führung. Nach außen wurde zwar der Niederländer Duisenberg der erste Präsident. Aber während seiner Amtszeit hörte der Druck auf ihn nicht auf, frühzeitig das Amt an den Franzosen Trichet abzugeben.

Mit dem „Chef-Volkswirt“ der Bundesbank, Issing, hatte die Bundesbank einen starken Repräsentanten im Direktorium. Aber da er für acht Jahre bestellt worden war, hätte er sein Amt aufgeben müssen, wenn ein Deutscher zum Vizepräsidenten an der Seite Trichets bestellt worden wäre. Eine solche Überlegung gab es aber auch nicht. Den Posten erhielt ausgerechnet ein Vertreter Griechenlands, also jenes Landes, das nur durch Manipulation Mitglied der Währungsunion geworden war.

Die verheerenden Schritte der deutschen Bundesbank-Vertreter im Jahre 2011 führten zu der logisch nahe liegenden Lösung, dass der Italiener Ma-

rio Draghi, der angesehene und international erfahrene Präsident der italienischen Notenbank, der stärkste Konkurrent Webers im Vorfeld der Neubesetzung, der neue Präsident wurde. Damit war aber auch das fein gesponnene Netz zerrissen, nachdem erst ein „Südländer“ (aus Portugal) Vizepräsident werden sollte, damit dann ein „Nordländer“, nämlich Weber, Präsident werden konnte. Durch Webers Rücktritt gibt es nun zwei „Südländer“ (Italien und Portugal) an der Spitze der Europäischen Zentralbank.

Auch Starks Rücktritt hatte eine nicht erwartete Folge. Sein von Deutschland präsentierter „Nachfolger“ (es gibt pro forma keine Erbhöfe) Jörg Asmussen war natürlich als „Chef-Volkswirt“ vorgesehen (was er eigentlich von Hause her nicht war). Dass er es nicht wurde, hatte die deutsche Regierung wieder der französischen Geschicklichkeit zu verdanken. Frankreich bestand darauf, dass nach Trichet wieder ein Franzose in das Direktorium einrücken sollte und setzte dies auch gegen zunächst anhaltenden Widerstand des noch bis 2013 bestellten Italieners Smaghi durch. Er musste für den französischen Vertreter Platz machen. Mit diesem Schachzug wurde aber zugleich Asmussen angegriffen. Frankreich beanspruchte prompt für seinen neuen Vertreter den Posten des Chef-Volkswirts als Nachfolger des zurück getretenen Deutschen Jürgen Stark.

Präsident Draghi löste dieses Problem durch einen „Schachzug“, der einen Affront gegen Deutschland, also auch gegen die Bundesregierung, darstellte. Keiner der beiden Aspiranten erhielt den Posten, sondern der Belgier Praet. Um nach außen die Bedeutung des Vorganges herunter zu spielen, wurde der „Chef-Volkswirt“ überhaupt formal abgeschafft und sein Ressort neu geordnet. Asmussen wurde eine Art „Außenminister“ der EZB und der Franzose Coeuré erhielt die Zuständigkeit für die

umstrittenen Ankäufe von Staatsanleihen hoch verschuldeter Staaten. Er wurde also auch noch Repräsentant der neuen Zentralbankpolitik.

Gemessen am Anfang hat Deutschland durch diese Personalpolitik kaum noch Einfluss auf die Ausrichtung der europäischen Notenbankpolitik. Die Vertretung der deutschen Interessen ist in bezug auf das Stabilitätskonzept in der EZB gleich Null. Genereller gesehen hat Deutschland natürlich noch Gewicht.

Es ist zu vermuten, dass sowohl Asmussen als auch der neue Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann weniger dogmatisch vorgehen und sich „politischer“ verhalten. Es wird nötig sein. Denn der nächste Personalkonflikt steht bevor. Für den Spanier Gonzáles-Páramo muss im Frühjahr 2012 ein Nachfolger gefunden werden. Spanien will selbstverständlich „seinen“ Sitz im EZB-Direktorium behalten und hat bereits seinen Kandidaten nominiert. Die Amtszeit des Neuen währt von 2012 bis 2020. Für dieses Jahrzehnt wäre damit das Verhältnis 7:1 von „Südländern“ zum Norden der Währungsunion festgeschrieben. Nach Zeitungsberichten (FAZ v. 19.1.12) gibt es Versuche, einen Vertreter aus Luxemburg oder aus Finnland gegen den Spanier ins Spiel zu bringen. Es erübrigt sich fast zu sagen, dass Frankreich sich bereits frühzeitig für einen spanischen Kandidaten ausgesprochen hat.

Frankreichs personalpolitisches Agieren ist meisterlich. Unbestritten und glaubhaft ist, dass das Land auf die feste Verbindung mit Deutschland setzt, wie es ja auch von deutscher Seite aus gesehen und für existenziell notwendig angesehen wird. Die Strategie dabei wird am Beispiel der EZB allerdings besonders deutlich: Es geht um französische Führung in einer Gemeinsamkeit, bei der die Deutschen das entscheidende Potenzial besitzen. Personal & Potenzial – eine Machtformel!

